Alva Myrdal: Aufgaben europäischer Friedenspolitik

Alva Reimer Myrdal, geboren 1902, war schwedisches Kabinettsmitglied, Botschafterin und Chefdelegierte ihres Landes bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf und bei den Vereinten Nationen.

In der gegenwärtigen Krisensituation werden wir Augenzeugen eines neuen Wahnsinnsspiels der Supermächte untereinander um die politische Macht in der Welt. Spitzt sich die Lage weiter zu - Drohungen werden derzeit auf beiden Seiten verschärft —, so werden alle Völker der Erde mit in dieses Spiel einbezogen — gegen ihren Willen und oftmals im Widerspruch zu ihrem nationalen Interesse.

Die Gefährdung des Friedens als Resultat der Eskalation von Machtplänen trifft auch die europäischen Staaten. Das Risiko eines Krieges in Europa geht weniger von Spannungen und unterschiedlichen Haltungen der europäischen Nationen untereinander aus. Vielmehr macht es die Zugehörigkeit zu einem der militärischen Bündnisse — NATO oder Warschauer Pakt —, die für die meisten Länder (außer einigen neutralen) besteht, in der jetzigen Situation möglich, Europa in kriegerische Auseinandersetzungen der Supermächte zu verwickeln. Beide Weltmächte stehen den Militärallianzen jeweils vor. Im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten würde Europa in eine ganz bestimmte Rolle gedrängt: Die beiden miteinander streitenden Seiten würden versuchen, ihr Territorium von einer unmittelbaren Konfrontation freizuhalten. Es scheint so, als hätten sie bereits Europa als Schlachtfeld für die Austragung ihrer Konflikte ausgewählt: Unmengen von Waffen, die ausreichen, die Menschheit völlig zu vernichten, sind hier schon gelagert, Ziele anvisiert, das Drama abgefaßt, Knöpfe druckbereit. Jahr für Jahr wächst die Perspektive einer gänzlichen Verwüstung der europäischen Nationen im Kriegsfall, ganz besonders für die Mitte des Kontinents und für beide deutsche Staaten. Europa erfüllt so immer mehr die Funktion einer Geisel im Machtkampf der Weltmächte.

Als Angehörige eines der wenigen neutralen Staaten in Europa (gemeint sind hier die Länder westlich der Sowjetunion) halte ich es für meine Pflicht, Gefühle von Angst und Frustration zum Ausdruck zu bringen, die bei allen Völkern Europas gleichermaßen anzutreffen sind. Diese Gefühle sind stark und unüberhörbar — auch wenn sie nicht in dem Maße aus Rücksichtnahme auf die eine oder andere Seite der Supermächte geäußert werden. Ich bin der Meinung, daß es zum jetzigen Zeitpunkt stärker als je zuvor gilt, Verhandlungen zu führen, um positive Vorschläge zur Rüstungskontrolle auszuarbeiten und zu diskutieren, alte und neue.

Nun, da Pläne für eine Stationierung von atomaren Raketen im mitteleuropäischen Raum gefaßt sind, sollten wir uns darüber klar werden, daß es notwendig ist, Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen zwischen den Supermächten unmittelbar in die Wege zu leiten und zu beginnen, noch *bevor* schicksalhafte Schritte in Richtung Kriegsführung unternommen werden. Nur so kann der Frieden in Europa gesichert werden. Man muß sich immer vor Augen halten, daß man „den Frieden“ nicht gewinnt, wenn man immer weiter aufrüstet und dann von einer „Position der Stärke“ aus sich bereit erklärt, zu verhandeln. Nein, *bevor* man überhaupt diese Stufe der Überlegenheit erreicht, müssen Verhandlungen stattfinden. Dem Frieden dient man nur dadurch, daß man *vorher* verhandelt.

Den Menschen in Europa und nicht weniger in den neutralen Ländern stellt sich gerade jetzt die große Aufgabe, für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten. Ganz besonders möchte ich mich in diesem Zusammenhang auch an die Jugend wenden. In der Friedensarbeit geht es um „Frieden und Überleben“ — eine Parole, die heute Schwedens Sozialisten propagieren. Sie soll nicht nur eine Auforderung zum Mitwirken darstellen, sondern eine Vision vermitteln, die bei der Jugend Enthusiasmus statt Lustlosigkeit hervorruft.

Als derzeit dringendste Maßnahme zur Friedenssicherung erscheint eine Kampagne für ein kernwaffenfreies Europa. Während der letzten Jahre ist diese Forderung immer deutlicher als dringendes Anliegen der sozialdemokratischen Bewegung herausgestellt worden. Olof Palme sprach darüber bei den Treffen der Sozialistischen Internationale 1978 und 1980. Im gleichen Jahr (1980) wurde diese Forderung auf dem Kongreß der Schwedischen Sozialdemokratischen Partei zum Parteiantrag. Aber bislang haben die amtierenden Regierungen eine solche Zielsetzung eher als etwas Nebensächliches behandelt. Dies ist jetzt nicht mehr länger möglich. Durch die Diskussion über die Neutronenbombe in den Jahren 1977 bis 1978 zunächst geweckt, dann verstärkt durch den „Nachrüstungsbeschluß“ der NATO im Dezember 1979 und schließlich heute zum empörten Widerstand gegen erneute Pläne für die Ausrüstung der NATO mit der Neutronenbombe angewachsen, erhebt sich die Stimmung in der Bevölkerung in unseren europäischen Ländern gegenwärtig zum gewaltigen Protest. Aufmerksamkeit erlangt jetzt auch die vermehrte Aufstellung der sowjetischen SS-20-Raketen, obwohl sie bereits seit einigen Jahren,

ihre Vorgänger, die SS-5-Raketen, sogar seit 20 Jahren eine bedrohliche Tatsache darstellen.

Nun endlich entsteht eine stürmische Welle nationaler Protestaktionen in den europäischen Ländern, in erster Linie in Nord- und Mitteleuropa, mit den Niederlanden an der Spitze, gefolgt von England, Belgien, Dänemark und Schweden. Auch in der Bundesrepublik, die ja zum Ziel beiderseitiger Bombardierung in einem Krieg zwischen Ost und West würde und die so gesehen in einer ganz speziellen, gefährlichen Position steht, tut sich etwas.

Ansatzpunkte für organisierte Protestaktionen sind in großer Zahl vorhanden. Ich möchte hier nur einige erwähnen. In England wird das Anliegen eines kernwaffenfreien Europas von mehreren alten Friedensorganisationen vertreten. (z.B. von der britischen UN-Vereinigung, der Bertrand-Russell-Peace-Foundation und der Kampagne zur nuklearen Abrüstung). In den Niederlanden sind vor allem die christlichen Organisationen aktiv. Auch in den Vereinigten Staaten hat sich in letzter Zeit eine wirkungsvolle Bewegung gegen Atomwaffen konstituiert, der auch Medizinergruppen angehören, u. a. die mächtige AMA (American Medical Association). Diese vermittelt der Öffentlichkeit sehr konkrete Berichte über die extremen Leiden und über den Tod als Folge von Verbrennungen, gegen die eine medizinische Versorgung kaum gerüstet ist.

Gelegenheiten, den Ruf nach Abrüstung lauter werden zu lassen und die internationale Debatte darum mit größerem Nachdruck zu führen als in den ständig laufenden Verhandlungen in den Vereinten Nationen und in Genf, sehe ich in folgenden drei Aufgabenbereichen:

1. Die Nachfolgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Madrid könnte von den europäischen Ländern, insbesondere durch Initiativen der bündnisfreien Staaten, genutzt werden, ihre Angelegenheiten und vitalen Interessen dort mit größerer Eindringlichkeit vorzubringen, weil hier ein erweitertes Forum und ein breiterer Verhandlungsgegenstand als in den bilateralen Gesprächen zwischen den Supermächten gegeben sind.

Sie sollten darum auch unter allen Umständen eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen, wie sie vom schwedischen Reichstag beschlossen wurde. Schweden hat sich schon bereit erklärt, diese zu organisieren und zu finanzieren. Es geht dann bei dieser Konferenz darum, zu verhindern, daß die Supermächte „ihren“ Teil des so unglücklich gespaltenen Europas noch fester in den Griff bekommen, wie auch darum, sie an ihre Verantwortung in der Abrüstungsfrage zu erinnern. Sofern beide Seiten sich nicht schon vorher verpflichten sollten, solche Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Kernwaffenrüstung, die sich gegen Europa richtet, entweder zu beseitigen oder zumindest quantitativ und qualitativ einzufrieren, wäre es besser, sie nicht als Teilnehmer, sondern nur als Beobachter zuzulassen.

In diesen schrecklichen Zeiten ist es notwendig, zu der Überzeugung zu gelangen, daß die Supermächte nicht das Recht haben, alle ernsthaften Bemühungen zur Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen zu verhindern oder zu verzögern. Ich spreche hier ganz besonders von Verhandlungen über die sogenannten „Grauzonenwaffen“, die für uns in Europa geplant sind. Diese gilt es zu reduzieren oder besser: abzuziehen. Auch wenn solche Atomwaffen von mittlerer Reichweite nicht notwendig dazu genutzt werden müssen, uns zu opfern und damit die Territorien der Supermächte vor einem Angriff zu schützen, was in deren Interesse liegt, so geht es doch um deren erkennbare Neigung, Konflikte statt durch Verhandlungen mit Gewalt lösen zu wollen.

2. Wir sollten jetzt ernsthaft die bestehenden Möglichkeiten diskutieren, bestimmte Zonen von Kernwaffen freizuhalten. In den nordischen Ländern — als eine mögliche derartige „Zone“ — ist hierüber eine lebhafte Debatte in Gang. Auch Möglichkeiten der Errichtung anderer „Zonen“, so z.B. die vormals im Rapacki-Plan vorgeschlagene Schaffung einer atomwaffenfreien Zone (in erster Linie in Polen, Ost- und Westdeutschland), die in den UN auf großes Interesse gestoßen ist, sollten diskutiert werden - auch wenn neue Bedingungen auf beiden Seiten, in Ost und West, gesetzt werden müßten.

Hinsichtlich der auf Europa gerichteten Waffen sollten konkrete und gleichgewichtige Abrüstungsschritte vorgeschlagen werden, damit deutlich wird, daß sich Europa nicht als Geisel der Supermächte benutzen läßt.

Wenn sich in der Öffentlichkeit der Ruf nach Abrüstung verstärkt, könnte das bewirken, die Atommächte zu bewegen, Verpflichtungen zum Nichteinsatz von Atomwaffen gegen Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, einzugehen. Dahingehende Erklärungen sind verschiedentlich abgegeben worden. Es käme nun darauf an, diese aufleben zu lassen und sogenannte „Negativ-Garantien“ bindend festzulegen — sei es in bilateralen Vereinbarungen oder auch in formalen Deklarationen. Hier Initiativen zur Einlösung der 1978 in einer UN-Sondersitzung zu Abrüstungsfragen abgegebenen Verpflichtungen (seitens der Sowjetunion, Großbritanniens und ganz besonders der USA) oder zur Eröffnung von bilateralen oder regionalen Vorverhandlungen (pre-consultations) zu entfalten, steht jedem Staat frei. Die Welt sollte nicht erst auf eine internationale Übereinkunft warten, wie sie bisher immer den Vereinten Nationen anvertraut wurde. Auch ein Teilerfolg in Europa würde die Öffentlichkeit in Bewegung bringen und mithelfen, ein Bollwerk gegen den Einsatz von Atomwaffen zu errichten — ein großer Gewinn im Vergleich zu der krankhaften Ruhe bei den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen.

3. Eine dritte Aufgabe, auf die ich nur kurz hinweisen möchte, sehe ich darin, stärker gemeinsam und konstruktiv für ein kernwaffenfreies Europa im Rahmen einer zweiten UN-Sondersitzung für Abrüstungsfragen im Frühsommer 1982 zu

arbeiten. Hier sollten dann konkrete Vorschläge — am besten in Form von Änderungsanträgen - unterbreitet und politisch verteidigt werden. Jetzt sind die Aussichten für einen Erfolg viel besser — wenn wir wirklich auf die Stimmung in der Bevölkerung hören wollen.

Ich habe hier bewußt aus einer europäischen Perspektive geschrieben. Auf einer höheren Stufe der Vernunft ist aber allen Nationen ein Interesse gemeinsam: nicht in einer Feindstellung, die nicht von einem selbst verursacht wird, als Geisel benutzt zu werden. Was ich daher vorschlage, illustriert an meinen drei speziellen Vorschlägen, ist nicht weniger als eine unabhängige europäische Initiative, um SALT III voranzutreiben.